



## Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten **Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Josef Seidl AfD**  
vom 15.09.2020

### **Der 20-Punkte-Plan zur Ablösung der sozialen Marktwirtschaft durch Elemente einer staatsinterventionistischen Klima-Kriegswirtschaft**

Bisher hatte sich der Bundesminister für Wirtschaft und Energie Peter Altmaier in der Debatte um höhere EU-Klimaziele zurückgehalten und ist den Argumenten der Industrie gefolgt und hat zu Recht vor einer Überlastung der Wirtschaft gewarnt. Aus dem Nichts heraus legte Bundesminister Peter Altmaier am 12.09.2020 ein ökosozialistisches Wirtschaftskonzept aus 20 Punkten vor, das mit praktisch allem bricht, was in den letzten 70 Jahren im Westen als „Wirtschaft“ bezeichnet wurde. Mit diesem Papier hat Bundesminister Peter Altmaier aber auch die Industrie fallen lassen und ist mit wehenden Fahnen auf die Seite der Klima-Ideologen übergewechselt. Als Begründung stellt er einfach die Behauptung in den Raum, Fehler gemacht zu haben: „Wir haben es verfehlt, unser Politik adäquat zu erklären“, sagte er. „Vieles hätte schneller und früher geschehen können“ und vertritt von nun an die gegenteilige Position wie früher. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) soll einen neuen – einen grünen – Anstrich bekommen. Eine Botschaft, die Bundesminister Peter Altmaier offenbar bewusst jetzt setzt, ein Jahr vor der Bundestagswahl, während der laufenden EU-Ratspräsidentschaft Deutschlands und zwei Tage vor der Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen. Die EU-Kommission hatte am selben 12.09.2020, als Bundesminister Peter Altmaier sein Konzept vorstellte, angekündigt, bis zum Jahr 2030 klimaschädliche Treibhausgase statt um 40 Prozent gegenüber 1990 reduzieren zu wollen mindestens um 55 Prozent zu reduzieren. So stellt Bundesminister Peter Altmaier wenigstens sicher, „auf die richtige Seite“, also die offenbar künftig tonangebende Seite, übergelassen zu sein. So betrachtet ist das Papier sicher kein Zufall, sondern kann wohl als eine Art Bewerbungsschreiben für ein anderes Wirtschaftssystem in einem anderen Politiksystem gelesen werden, mit dem „Nachteil“, dass das andere Politiksystem für viele Bürger noch immer nicht wirklich erkennbar ist. Tatsächlich treibt die Bundesregierung die Verlagerung von Souveränität von der nationalen Ebene auf die EU-Ebene mit zunehmendem Tempo voran, und das ungeachtet der Tatsache, dass ihr vom Bundesverfassungsgericht (BVerfG) bereits mindestens zwei Stoppschilder vorgehalten wurden. So hat das BVerfG vor zehn Jahren im Lissabon-Urteil klar zum Ausdruck gebracht, dass das Ausmaß der Verlagerung bereits damals an die verfassungsmäßige Grenze des Art. 20 Abs. 1 Grundgesetz (GG) gestoßen ist, der nur über eine Volksabstimmung nach Art. 146 GG überwindbar ist. In diesem Jahr wurde die Bundesregierung vom BVerfG dazu aufgerufen, nicht wegzusehen, wenn die Bürger durch eine sich selbst ermächtigende EU entrechtet werden.

Herausgekommen ist dabei ein Eckpunktepapier, dem man ansieht, dass die Wirtschaft mithilfe von Elementen, die man aus der Kriegswirtschaft kennt, auf ein einziges Ziel hin ausgerichtet wird, die Erfüllung der Ziele aus einem Öko-Diktat! Angereichert wird dies mit Elementen aus der marxistischen Lehre: Fünfjahrespläne, opportune Streber bekommen Orden umgehängt und Minderleister werden an den Pranger gestellt. Natürlich darf auch eine eigene Art „Kadettenanstalt“ nicht fehlen, in der man die eigenen „Bio-Jünger“ auf Linie bringt.

Der Sturm, den Bundesminister Peter Altmaier mit dem Papier hinter den Kulissen in der CDU entfacht haben dürfte, war offenbar so stark, dass er das Papier nach kurzer Zeit wieder aus dem Netz nahm. Der Link zum Papier ist tot. Das Dokument kann man nur noch in Webarchiven finden: <https://web.archive.org/web/20200912043935/https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Wirtschaft/20-konkrete-vorschlae>

Hinweis des Landtagsamts: Zitate werden weder inhaltlich noch formal überprüft. Die korrekte Zitierweise liegt in der Verantwortung der Fragestellerin bzw. des Fragestellers sowie der Staatsregierung.

[ge-zur-staerkung-von-klimaschutz-und-wirtschaftskraft.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=6](#).

Wie groß der Sturm ist, den Bundesminister Peter Altmaier mit seinem Seitenwechsel verursacht hat, macht folgender Einblick aus dem Umweltausschuss im EU-Parlament deutlich. Dort versuchten Altmaiers Parteikollegen von der CDU, eine Aufstockung von 40 auf 55 Prozent durch die EU-Kommissionspräsidentin Dr. Ursula von der Leyen zu verhindern. „Die CDU mobilisiert im Europaparlament gegen eine fortschrittliche Klimapolitik und stimmt zusammen mit Rechtsextremen und Klimaleugnern gegen die Klimaziele, die selbst von der konservativen Kommissionspräsidentin favorisiert werden“, kommentiert der Abgeordnete des Europäischen Parlaments Michael Bloss (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) aus dem Ausschuss. Dieses Problem könnte aber durch eine schwarz-grüne Koalition nach der nächsten Bundestagswahl reduziert werden. Womöglich werden die 20 Punkte von Bundesminister Peter Altmaier dann noch einmal aus der Schublade geholt werden. Ein Grund, sie sich jetzt schon genauer anzusehen und das Denken zu verstehen, das einem aus diesen 20 Punkten entgegenstrahlt.

Unabhängig von der Realisierungschance dokumentiert das Papier aber, was in der Bundesregierung straflos gedacht werden kann, und dies wirft die Frage auf, warum die Staatsregierung bisher auf diesen Umsturz des Wirtschaftssystems schweigt.

Wir fragen die Staatsregierung:

1. Herausnehmen von angeblich klimarelevanten Eckpunkten aus der parlamentarischen Willensbildung durch Bildung eines „Pakts“ ..... 6
  - 1.1 In welchen protokollierten Gesprächen der Staatsregierung, ihrer Minister und/oder Staatssekretäre wurde der Punkt 1 „Noch vor der Bundestagswahl soll partei- und fraktionsübergreifend eine ‚Charta für Klimaneutralität und Wirtschaftskraft‘ von Bundestag und Bundesrat verbindlich beschlossen werden“ aus dem 20-Punkte-Programm des Bundesministers für Wirtschaft und Energie behandelt und/oder besprochen und/oder Position bezogen (bitte die Position der Staatsregierung zu diesem Punkt darlegen)? ..... 6
  - 1.2 In welchen protokollierten Gesprächen der Staatsregierung, ihrer Minister und/oder Staatssekretäre wurde der Punkt 2 „Zur Erreichung von Generationengerechtigkeit wird in der Charta das Ziel der Klimaneutralität bis spätestens 2050 festgeschrieben“ aus dem 20-Punkte-Programm des Bundesministers für Wirtschaft und Energie behandelt und/oder besprochen und/oder Position bezogen (bitte die Position der Staatsregierung zu diesem Punkt darlegen)? ..... 6
  - 1.3 In welchen protokollierten Gesprächen der Staatsregierung, ihrer Minister und/oder Staatssekretäre wurde der Punkt 2 „Die Minderungsziele bis 2050 werden ... in konkrete Minderungsziele für jedes einzelne Jahr zwischen 2022 und 2050 aufgeteilt und festgelegt“ aus dem 20-Punkte-Programm des Bundesministers für Wirtschaft und Energie behandelt und/oder besprochen und/oder Position bezogen (bitte die Position der Staatsregierung zu diesem Punkt darlegen)? ..... 6
2. Einführen von Elementen aus der Kriegswirtschaft ..... 7
  - 2.1 In welchen protokollierten Gesprächen der Staatsregierung, ihrer Minister und/oder Staatssekretäre wurde der Punkt 3 „Das Erreichen der Klima- und Wirtschaftsziele wird als vorrangige Aufgabe festgelegt“ aus dem 20-Punkte-Programm des Bundesministers für Wirtschaft und Energie behandelt und/oder besprochen und/oder Position bezogen (bitte die Position der Staatsregierung zu diesem Punkt darlegen)? ..... 7
  - 2.2 In welchen protokollierten Gesprächen der Staatsregierung, ihrer Minister und/oder Staatssekretäre wurde der Punkt 3 „Dazu gehört das Prinzip, dass wettbewerbsrechtlich relevante Belastungen der Wirtschaft durch Klimaschutz auszugleichen sind“, also dass zu teure, aber ökologisch korrekt produzierte Produkte durch Subventionen verbilligt werden, aus dem 20-Punkte-Programm des Bundesministers für Wirtschaft und Energie behandelt und/oder besprochen und/oder Position bezogen (bitte die Position der Staatsregierung zu diesem Punkt darlegen)? ..... 7
  - 2.3 In welchen protokollierten Gesprächen der Staatsregierung, ihrer Minister und/oder Staatssekretäre wurde der Punkt 4, „dass ein bestimmter Prozentsatz des Bruttoinlandsproduktes (BIP) jedes Jahr für Klimaschutz und Wirt-

	schaftsförderung zur Verfügung steht“, also wie bei den Verteidigungsausgaben, aus dem 20-Punkte-Programm des Bundesministers für Wirtschaft und Energie behandelt und/oder besprochen und/oder Position bezogen (bitte die Position der Staatsregierung zu diesem Punkt darlegen)? .....	7
3.	Entzug von klimaneutral hergestellten Produkten aus dem wirtschaftlichen Wettbewerb durch Bürokratie/Subventionen .....	7
3.1	In welchen protokollierten Gesprächen der Staatsregierung, ihrer Minister und/oder Staatssekretäre wurde der Punkt 5 „Die öffentlichen Einrichtungen (Bund, Länder, Kommunen) werden durch die Charta verpflichtet, das Ziel der Klimaneutralität bereits bis 2035 sicher zu erreichen.“ aus dem 20-Punkte-Programm des Bundesministers für Wirtschaft und Energie behandelt und/oder besprochen und/oder Position bezogen (bitte die Position der Staatsregierung zu diesem Punkt darlegen)? .....	7
3.2	In welchen protokollierten Gesprächen der Staatsregierung, ihrer Minister und/oder Staatssekretäre wurde der Punkt 9 „Hierzu werden der europäische Emissionshandel und die nationale CO <sub>2</sub> -Bepreisung entsprechend reformiert.“ aus dem 20-Punkte-Programm des Bundesministers für Wirtschaft und Energie behandelt und/oder besprochen und/oder Position bezogen (bitte die Position der Staatsregierung zu diesem Punkt darlegen und insbesondere die aktuelle Position der Staatsregierung betreffend einer Reform des EU-Emissionshandels und der CO <sub>2</sub> -Bepreisung in Bayern darlegen)? .....	8
3.3	In welchen protokollierten Gesprächen der Staatsregierung, ihrer Minister und/oder Staatssekretäre wurde der Punkt 13 „Die EEG-Umlage wird schrittweise weiter abgesenkt und langfristig verlässlich stabilisiert.“ aus dem 20-Punkte-Programm des Bundesministers für Wirtschaft und Energie behandelt und/oder besprochen und/oder Position bezogen (bitte die Position der Staatsregierung zu diesem Punkt darlegen und insbesondere die aktuelle Position der Staatsregierung betreffend einer Reduktion der EEG-Umlage und die Kompensation dieser Reduktion darlegen)? .....	8
4.	Bewertung und Belohnung von Öko-Strebern .....	8
4.1	In welchen protokollierten Gesprächen der Staatsregierung, ihrer Minister und/oder Staatssekretäre wurde der Punkt 7 „Es wird ein ... Zertifizierungssystem geschaffen, mit dem die Klimaneutralität einer Einrichtung zertifiziert werden kann“, also eine Art „Öko-Orden“, aus dem 20-Punkte-Programm des Bundesministers für Wirtschaft und Energie behandelt und/oder besprochen und/oder Position bezogen (bitte die Position der Staatsregierung zu diesem Punkt darlegen)? .....	8
4.2	In welchen protokollierten Gesprächen der Staatsregierung, ihrer Minister und/oder Staatssekretäre wurde der Punkt 6 „Es wird ein öffentliches Scoreboard eingerichtet, auf dem die tatsächlich erreichten Fortschritte beim Klimaschutz für jedermann einrichtbar und abrufbar sind“, also ein Online-Pranger, aus dem 20-Punkte-Programm des Bundesministers für Wirtschaft und Energie behandelt und/oder besprochen und/oder Position bezogen (bitte die Position der Staatsregierung zu diesem Punkt darlegen)? ...	9
4.3	In welchen protokollierten Gesprächen der Staatsregierung, ihrer Minister und/oder Staatssekretäre wurde der Punkt 8 „Branchen und Unternehmen, die dazu bereit sind, können sich in sogenannten ‚Carbon Contracts for Difference‘ zu einem schnelleren Transformationsprozess verpflichten, als er durch die offiziellen Klimaziele vorgegeben ist.“, also die Belohnung von Öko-Strebern, aus dem 20-Punkte-Programm des Bundesministers für Wirtschaft und Energie behandelt und/oder besprochen und/oder Position bezogen (bitte die Position der Staatsregierung zu diesem Punkt darlegen)? ...	9
5.	Entzug von klimaneutral hergestellten Produkten aus dem wirtschaftlichen Wettbewerb durch Bürokratie/Subventionen .....	9
5.1	In welchen protokollierten Gesprächen der Staatsregierung, ihrer Minister und/oder Staatssekretäre wurde der Punkt 5 „Die öffentlichen Einrichtungen (Bund, Länder, Kommunen) werden durch die Charta verpflichtet, das Ziel der Klimaneutralität bereits bis 2035 sicher zu erreichen.“ aus dem 20-Punkte-Programm des Bundesministers für Wirtschaft und Energie behandelt	

	und/oder besprochen und/oder Position bezogen (bitte die Position der Staatsregierung zu diesem Punkt darlegen)? .....	9
5.2	In welchen protokollierten Gesprächen der Staatsregierung, ihrer Minister und/oder Staatssekretäre wurde der Punkt 8 „Zur Erreichung von Klimaneutralität benötigen Unternehmen und Wirtschaft enorme Mengen an erneuerbarem Strom, Wärme und grünem Wasserstoff. Über einen ‚Matching Mechanismus‘ wird sichergestellt, dass die erforderlichen Mengen zum festgelegten Transformationszeitpunkt effektiv verfügbar sind.“ aus dem 20-Punkte-Programm des Bundesministers für Wirtschaft und Energie behandelt und/oder besprochen und/oder Position bezogen (bitte die Position der Staatsregierung zu diesem Punkt darlegen)? .....	9
5.3	In welchen protokollierten Gesprächen der Staatsregierung, ihrer Minister und/oder Staatssekretäre wurde der Punkt 10 „Es soll geprüft werden, ob ergänzend hierzu das marktwirtschaftliche Instrument von CO <sub>2</sub> -Auktionen eingesetzt werden kann“ aus dem 20-Punkte-Programm des Bundesministers für Wirtschaft und Energie behandelt und/oder besprochen und/oder Position bezogen (bitte die Position der Staatsregierung zu diesem Punkt darlegen)? .....	10
6.	Umgang mit Wettbewerbsnachteilen auf dem Weltmarkt durch mit Ökomaßnahmen verteuerte Produkte .....	10
6.1	In welchen protokollierten Gesprächen der Staatsregierung, ihrer Minister und/oder Staatssekretäre wurde der Punkt 14 „Bis Anfang 2021 soll entschieden werden, auf welche Weise Nachteile für grüne CO <sub>2</sub> -arme oder -neutrale Produkte auf dem Weltmarkt vermieden werden können.“ aus dem 20-Punkte-Programm des Bundesministers für Wirtschaft und Energie behandelt und/oder besprochen und/oder Position bezogen (bitte die Position der Staatsregierung zu diesem Punkt darlegen)? .....	10
6.2	In welchen protokollierten Gesprächen der Staatsregierung, ihrer Minister und/oder Staatssekretäre wurde der Punkt 14, wobei zu dem in 6.1 definierten Zweck „die Vorteile von Grenzausgleichsmechanismen oder Ausgleichsabgaben geprüft und abgewogen“ werden sollen, aus dem 20-Punkte-Programm des Bundesministers für Wirtschaft und Energie behandelt und/oder besprochen und/oder Position bezogen (bitte die Position der Staatsregierung zu diesem Punkt darlegen)? .....	10
7.	Öko-Propaganda .....	10
7.1	In welchen protokollierten Gesprächen der Staatsregierung, ihrer Minister und/oder Staatssekretäre wurde der Punkt 15 „Gemeinsam mit der Wirtschaft soll ein neues Label ‚Clean Products Made in Germany‘ kreiert und beworben werden.“ aus dem 20-Punkte-Programm des Bundesministers für Wirtschaft und Energie behandelt und/oder besprochen und/oder Position bezogen (bitte die Position der Staatsregierung zu diesem Punkt darlegen)? ..	10
7.2	In welchen protokollierten Gesprächen der Staatsregierung, ihrer Minister und/oder Staatssekretäre wurde der Punkt 17 „In Deutschland soll ein ‚Haus der Energiewende‘ errichtet werden, das eine ganzheitliche Information über das Funktionieren der Energiewende für nationale und internationale Besucher ermöglicht.“ aus dem 20-Punkte-Programm des Bundesministers für Wirtschaft und Energie behandelt und/oder besprochen und/oder Position bezogen (bitte die Position der Staatsregierung zu diesem Punkt darlegen)? ..	11
7.3	In welchen protokollierten Gesprächen der Staatsregierung, ihrer Minister und/oder Staatssekretäre wurde der Punkt 18 „Die Europäische Union soll eine internationale Agentur ‚Climate global‘ gründen mit dem Ziel, erfolgreiche Klimaschutzmaßnahmen weltweit bekannt zu machen und umzusetzen.“ aus dem 20-Punkte-Programm des Bundesministers für Wirtschaft und Energie behandelt und/oder besprochen und/oder Position bezogen (bitte die Position der Staatsregierung zu diesem Punkt darlegen)? .....	11
8.	Neue Netzwerke .....	11
8.1	In welchen protokollierten Gesprächen der Staatsregierung, ihrer Minister und/oder Staatssekretäre wurde der Punkt 16 „Es wird eine parteiübergreifende bundesweite Stiftung ‚Klima & Wirtschaft‘ eingerichtet, die auf allen Ebenen sicherstellt, dass die hohe Priorität der vorgesehenen Maßnahmen nicht	

- gefährdet wird.“ aus dem 20-Punkte-Programm des Bundesministers für Wirtschaft und Energie behandelt und/oder besprochen und/oder Position bezogen (bitte die Position der Staatsregierung zu diesem Punkt darlegen)? ..11
- 8.2 In welchen protokollierten Gesprächen der Staatsregierung, ihrer Minister und/oder Staatssekretäre wurde der Punkt 19 „Beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie wird ein ‚Klima- und Wirtschaftsrat‘ angesiedelt, der die Regierung bei Fragen der Transformation berät und eigene Vorschläge unterbreiten kann.“ aus dem 20-Punkte-Programm des Bundesministers für Wirtschaft und Energie behandelt und/oder besprochen und/oder Position bezogen (bitte die Position der Staatsregierung zu diesem Punkt darlegen)? ..11
- 8.3 In welchen protokollierten Gesprächen der Staatsregierung, ihrer Minister und/oder Staatssekretäre wurde der Punkt 20 „In Deutschland soll eine internationale ‚Klima-Universität‘ entstehen.“ aus dem 20-Punkte-Programm des Bundesministers für Wirtschaft und Energie behandelt und/oder besprochen und/oder Position bezogen (bitte die Position der Staatsregierung zu diesem Punkt darlegen)?.....11

## Antwort

**des Staatsministeriums für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie**  
vom 22.10.2020

Es ist das Recht des zuständigen Bundesministers, einen entsprechenden Vorschlag zu unterbreiten, der anschließend in den zuständigen Gremien diskutiert und abgestimmt wird. Auch innerhalb der Staatsregierung findet ein permanenter Diskurs und eine Weiterentwicklung der Energie- und Klimapolitik statt.

1. **Herausnehmen von angeblich klimarelevanten Eckpunkten aus der parlamentarischen Willensbildung durch Bildung eines „Pakts“**
- 1.1 **In welchen protokollierten Gesprächen der Staatsregierung, ihrer Minister und/oder Staatssekretäre wurde der Punkt 1 „Noch vor der Bundestagswahl soll partei- und fraktionsübergreifend eine ‚Charta für Klimaneutralität und Wirtschaftskraft‘ von Bundestag und Bundesrat verbindlich beschlossen werden“ aus dem 20-Punkte-Programm des Bundesministers für Wirtschaft und Energie behandelt und/oder besprochen und/oder Position bezogen (bitte die Position der Staatsregierung zu diesem Punkt darlegen)?**

Dem Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie (StMWi) sind keine entsprechenden protokollierten Gespräche oder Positionierungen dazu bekannt.

Es ist offen, welche Verbindlichkeit eine solche Charta haben soll und kann. Der Bundestag und die Bundesregierung lenken und erreichen Ziele durch Gesetze/Verordnungen und den Haushalt, nicht durch eine Charta.

- 1.2 **In welchen protokollierten Gesprächen der Staatsregierung, ihrer Minister und/oder Staatssekretäre wurde der Punkt 2 „Zur Erreichung von Generationengerechtigkeit wird in der Charta das Ziel der Klimaneutralität bis spätestens 2050 festgeschrieben“ aus dem 20-Punkte-Programm des Bundesministers für Wirtschaft und Energie behandelt und/oder besprochen und/oder Position bezogen (bitte die Position der Staatsregierung zu diesem Punkt darlegen)?**
- 1.3 **In welchen protokollierten Gesprächen der Staatsregierung, ihrer Minister und/oder Staatssekretäre wurde der Punkt 2 „Die Minderungsziele bis 2050 werden ... in konkrete Minderungsziele für jedes einzelne Jahr zwischen**

**2022 und 2050 aufgeteilt und festgelegt“ aus dem 20-Punkte-Programm des Bundesministers für Wirtschaft und Energie behandelt und/oder besprochen und/oder Position bezogen (bitte die Position der Staatsregierung zu diesem Punkt darlegen)?**

Dem StMWi sind keine entsprechenden protokollierten Gespräche oder Positionierungen dazu bekannt.

Im Bundes-Klimaschutzgesetz sind Minderungsziele (zulässige Jahresemissionsmengen) bis zum Jahr 2030 festgelegt. Jahreswerte sind wegen der Unsicherheit über die weitere Entwicklung nicht sinnvoll. Wenn das europäische Klimaschutzziel für das Jahr 2030 erhöht wird, müssen auch die derzeitigen Werte im Bundes-Klimaschutzgesetz angepasst werden. Es ist unsicher, ob vor der Bundestagswahl schon feststeht, welche Minderungspflichten auf Deutschland zukommen.

**2. Einführen von Elementen aus der Kriegswirtschaft**

**2.1 In welchen protokollierten Gesprächen der Staatsregierung, ihrer Minister und/oder Staatssekretäre wurde der Punkt 3 „Das Erreichen der Klima- und Wirtschaftsziele wird als vorrangige Aufgabe festgelegt“ aus dem 20-Punkte-Programm des Bundesministers für Wirtschaft und Energie behandelt und/oder besprochen und/oder Position bezogen (bitte die Position der Staatsregierung zu diesem Punkt darlegen)?**

**2.2 In welchen protokollierten Gesprächen der Staatsregierung, ihrer Minister und/oder Staatssekretäre wurde der Punkt 3 „Dazu gehört das Prinzip, dass wettbewerbsrechtlich relevante Belastungen der Wirtschaft durch Klimaschutz auszugleichen sind“, also dass zu teure, aber ökologisch korrekt produzierte Produkte durch Subventionen verbilligt werden, aus dem 20-Punkte-Programm des Bundesministers für Wirtschaft und Energie behandelt und/oder besprochen und/oder Position bezogen (bitte die Position der Staatsregierung zu diesem Punkt darlegen)?**

Dem StMWi sind keine entsprechenden protokollierten Gespräche oder Positionierungen dazu bekannt.

Die praktische Umsetzbarkeit dieser Forderung ist fraglich. Letztlich wird es bei allen Gesetzen und Verordnungen eine Abwägung verschiedenster Belange geben; auch auf die öffentlichen Haushalte ist Rücksicht zu nehmen.

**2.3 In welchen protokollierten Gesprächen der Staatsregierung, ihrer Minister und/oder Staatssekretäre wurde der Punkt 4, „dass ein bestimmter Prozentsatz des Bruttoinlandsproduktes (BIP) jedes Jahr für Klimaschutz und Wirtschaftsförderung zur Verfügung steht“, also wie bei den Verteidigungsausgaben, aus dem 20-Punkte-Programm des Bundesministers für Wirtschaft und Energie behandelt und/oder besprochen und/oder Position bezogen (bitte die Position der Staatsregierung zu diesem Punkt darlegen)?**

Dem StMWi sind keine entsprechenden protokollierten Gespräche oder Positionierungen dazu bekannt.

Aufgrund der Hoheit des Parlaments über den Haushalt kann ein entsprechender Prozentsatz nicht einseitig durch eine Charta festgesetzt werden. Vielmehr muss dem eine öffentliche Debatte vorausgehen. Das Zitat ist vor diesem Hintergrund zu lesen.

**3. Entzug von klimaneutral hergestellten Produkten aus dem wirtschaftlichen Wettbewerb durch Bürokratie/Subventionen**

**3.1 In welchen protokollierten Gesprächen der Staatsregierung, ihrer Minister und/oder Staatssekretäre wurde der Punkt 5 „Die öffentlichen Einrichtungen (Bund, Länder, Kommunen) werden durch die Charta verpflichtet, das Ziel der Klimaneutralität bereits bis 2035 sicher zu erreichen.“ aus dem 20-Punkte-Programm des Bundesministers für Wirtschaft und Energie behandelt und/oder besprochen und/oder Position bezogen (bitte die Position der Staatsregierung zu diesem Punkt darlegen)?**

Dem StMWi sind keine entsprechenden protokollierten Gespräche oder Positionierungen dazu bekannt.

Eine vergleichbare Regelung ist im Bayerischen Klimaschutzgesetz für die unmittelbare Staatsverwaltung vorgesehen. Ein Gesetz kann verpflichten, nicht jedoch eine Charta. Das Konnexitätsprinzip ist zu beachten.

**3.2 In welchen protokollierten Gesprächen der Staatsregierung, ihrer Minister und/oder Staatssekretäre wurde der Punkt 9 „Hierzu werden der europäische Emissionshandel und die nationale CO<sub>2</sub>-Bepreisung entsprechend reformiert.“ aus dem 20-Punkte-Programm des Bundesministers für Wirtschaft und Energie behandelt und/oder besprochen und/oder Position bezogen (bitte die Position der Staatsregierung zu diesem Punkt darlegen und insbesondere die aktuelle Position der Staatsregierung betreffend einer Reform des EU-Emissionshandels und der CO<sub>2</sub>-Bepreisung in Bayern darlegen)?**

Es wird davon ausgegangen, dass hier auf Punkt 10 abgezielt wird. Dem StMWi sind keine entsprechenden protokollierten Gespräche oder Positionierungen dazu bekannt.

Die Regeln für den europäischen Emissionshandel werden in Brüssel festgelegt. Welche Reformen hier konkret gemeint sind, bleibt unklar. Als reine politische Programm Aussage ist dieser Punkt nicht bewertbar.

Die Staatsregierung wird sich in die Debatte einbringen, sobald die konkreten Vorschläge der EU-Kommission zur Reform des europäischen Emissionshandels vorliegen. In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass die Staatsregierung die nationale CO<sub>2</sub>-Bepreisung als Übergangslösung hin zu einer möglichst internationalen Lösung betrachtet.

Es wird davon ausgegangen, dass die Fragestellung auf die Einführung der nationalen CO<sub>2</sub>-Bepreisung im Zuge des Brennstoffemissionshandelsgesetzes (BEHG) zum 01.01.2021 abzielt. Hierzu wird auf den Kompromiss im Vermittlungsausschuss vom Dezember 2019 verwiesen (abrufbar unter <https://www.vermittlungsausschuss.de/SharedDocs/pm/2019/015.html?nn=4583898>), der für die Staatsregierung maßgeblich ist.

**3.3 In welchen protokollierten Gesprächen der Staatsregierung, ihrer Minister und/oder Staatssekretäre wurde der Punkt 13 „Die EEG-Umlage wird schrittweise weiter abgesenkt und langfristig verlässlich stabilisiert.“ aus dem 20-Punkte-Programm des Bundesministers für Wirtschaft und Energie behandelt und/oder besprochen und/oder Position bezogen (bitte die Position der Staatsregierung zu diesem Punkt darlegen und insbesondere die aktuelle Position der Staatsregierung betreffend einer Reduktion der EEG-Umlage und die Kompensation dieser Reduktion darlegen)?**

Dem StMWi sind keine entsprechenden protokollierten Gespräche oder Positionierungen dazu bekannt.

Die Bundesregierung hat mit dem Klimaschutzprogramm 2030 beschlossen, dass die EEG-Umlage (EEG = Erneuerbare-Energien-Gesetz) zugunsten der Bürgerinnen und Bürger und zugunsten der Wirtschaft ab dem 01.01.2021 abgesenkt werden soll. Zu diesem Zweck soll ein Teil der Einnahmen aus der nationalen CO<sub>2</sub>-Bepreisung auf Grundlage des Brennstoffemissionshandelsgesetzes (BEHG) verwendet werden. Im Juni hat sich die Regierungskoalition in Berlin auf ein Konjunkturpaket vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie geeinigt, das die Absenkung der EEG-Umlage auf 6,5 ct/kWh 2021 und 6,0 ct/kWh 2022 über Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt beinhaltet. Die Staatsregierung trägt diese Maßnahme und ihre vorgesehene Kompensation mit. Die Forderungen unter Punkt 13 entsprechen der politischen Haltung des StMWi.

**4. Bewertung und Belohnung von Öko-Strebern**

**4.1 In welchen protokollierten Gesprächen der Staatsregierung, ihrer Minister und/oder Staatssekretäre wurde der Punkt 7 „Es wird ein ... Zertifizierungssystem geschaffen, mit dem die Klimaneutralität einer Einrichtung zertifiziert werden kann“, also eine Art „Öko-Orden“, aus dem 20-Punkte-Programm des Bundesministers für Wirtschaft und Energie behandelt und/oder be-**

**sprochen und/oder Position bezogen (bitte die Position der Staatsregierung zu diesem Punkt darlegen)?**

- 4.2 In welchen protokollierten Gesprächen der Staatsregierung, ihrer Minister und/oder Staatssekretäre wurde der Punkt 6 „Es wird ein öffentliches Scoreboard eingerichtet, auf dem die tatsächlich erreichten Fortschritte beim Klimaschutz für jedermann einrichtbar und abrufbar sind“, also ein Online-Pranger, aus dem 20-Punkte-Programm des Bundesministers für Wirtschaft und Energie behandelt und/oder besprochen und/oder Position bezogen (bitte die Position der Staatsregierung zu diesem Punkt darlegen)?**

Dem StMWi sind keine entsprechenden protokollierten Gespräche oder Positionierungen dazu bekannt.

Der Mehrwert eines solchen Zertifizierungssystems und eines solchen öffentlichen Scoreboards bleibt einer ausführlichen Bewertung vorbehalten. Die Angaben müssten überprüft werden, was zu einem nicht unerheblichen Aufwand führen würde. Zudem sind die Voraussetzungen für Unternehmen, Treibhausgasneutralität zu erreichen, sehr unterschiedlich. Für die Unternehmen würde ein Druck entstehen, am Zertifizierungssystem bzw. an dem öffentlichen Scoreboard teilzunehmen.

- 4.3 In welchen protokollierten Gesprächen der Staatsregierung, ihrer Minister und/oder Staatssekretäre wurde der Punkt 8 „Branchen und Unternehmen, die dazu bereit sind, können sich in sogenannten ‚Carbon Contracts for Difference‘ zu einem schnelleren Transformationsprozess verpflichten, als er durch die offiziellen Klimaziele vorgegeben ist.“, also die Belohnung von Öko-Strebern, aus dem 20-Punkte-Programm des Bundesministers für Wirtschaft und Energie behandelt und/oder besprochen und/oder Position bezogen (bitte die Position der Staatsregierung zu diesem Punkt darlegen)?**

Dem StMWi sind keine entsprechenden protokollierten Gespräche oder Positionierungen dazu bekannt.

Die Voraussetzungen für Unternehmen, Treibhausgasneutralität zu erreichen, sind sehr unterschiedlich. Wie schnell der Transformationsprozess bewältigt wird, kann auch von technischen Gegebenheiten abhängen, auf die ein Unternehmen keinen Einfluss hat.

- 5. Entzug von klimaneutral hergestellten Produkten aus dem wirtschaftlichen Wettbewerb durch Bürokratie/Subventionen**

- 5.1 In welchen protokollierten Gesprächen der Staatsregierung, ihrer Minister und/oder Staatssekretäre wurde der Punkt 5 „Die öffentlichen Einrichtungen (Bund, Länder, Kommunen) werden durch die Charta verpflichtet, das Ziel der Klimaneutralität bereits bis 2035 sicher zu erreichen.“ aus dem 20-Punkte-Programm des Bundesministers für Wirtschaft und Energie behandelt und/oder besprochen und/oder Position bezogen (bitte die Position der Staatsregierung zu diesem Punkt darlegen)?**

Es wird auf die Antwort zu Frage 3.1 verwiesen (identische Frage).

- 5.2 In welchen protokollierten Gesprächen der Staatsregierung, ihrer Minister und/oder Staatssekretäre wurde der Punkt 8 „Zur Erreichung von Klimaneutralität benötigen Unternehmen und Wirtschaft enorme Mengen an erneuerbarem Strom, Wärme und grünem Wasserstoff. Über einen ‚Matching Mechanismus‘ wird sichergestellt, dass die erforderlichen Mengen zum festgelegten Transformationszeitpunkt effektiv verfügbar sind.“ aus dem 20-Punkte-Programm des Bundesministers für Wirtschaft und Energie behandelt und/oder besprochen und/oder Position bezogen (bitte die Position der Staatsregierung zu diesem Punkt darlegen)?**

Es wird davon ausgegangen, dass hier auf Punkt 9 abgezielt wird. Dem StMWi sind keine entsprechenden protokollierten Gespräche oder Positionierungen dazu bekannt.

Eine abschließende Bewertung kann erst erfolgen, wenn ein konkreter Vorschlag vorliegt.

**5.3 In welchen protokollierten Gesprächen der Staatsregierung, ihrer Minister und/oder Staatssekretäre wurde der Punkt 10 „Es soll geprüft werden, ob ergänzend hierzu das marktwirtschaftliche Instrument von CO<sub>2</sub>-Auktionen eingesetzt werden kann“ aus dem 20-Punkte-Programm des Bundesministers für Wirtschaft und Energie behandelt und/oder besprochen und/oder Position bezogen (bitte die Position der Staatsregierung zu diesem Punkt darlegen)?**

Es wird davon ausgegangen, dass hier auf Punkt 11 abgezielt wird. Dem StMWi sind keine entsprechenden protokollierten Gespräche oder Positionierungen dazu bekannt.

Die Forderung ist grundsätzlich positiv zu bewerten. Durch das marktwirtschaftliche Instrument von CO<sub>2</sub>-Auktionen kann die Vermeidung gegebenenfalls zu den geringsten Grenzkosten erreicht werden. Eine abschließende Bewertung kann jedoch erst erfolgen, wenn ein konkreter Vorschlag vorliegt.

**6. Umgang mit Wettbewerbsnachteilen auf dem Weltmarkt durch mit Ökomaßnahmen verteuerte Produkte**

**6.1 In welchen protokollierten Gesprächen der Staatsregierung, ihrer Minister und/oder Staatssekretäre wurde der Punkt 14 „Bis Anfang 2021 soll entschieden werden, auf welche Weise Nachteile für grüne CO<sub>2</sub>-arme oder -neutrale Produkte auf dem Weltmarkt vermieden werden können.“ aus dem 20-Punkte-Programm des Bundesministers für Wirtschaft und Energie behandelt und/oder besprochen und/oder Position bezogen (bitte die Position der Staatsregierung zu diesem Punkt darlegen)?**

**6.2 In welchen protokollierten Gesprächen der Staatsregierung, ihrer Minister und/oder Staatssekretäre wurde der Punkt 14, wobei zu dem in 6.1 definierten Zweck „die Vorteile von Grenzausgleichsmechanismen oder Ausgleichs-abgaben geprüft und abgewogen“ werden sollen, aus dem 20-Punkte-Programm des Bundesministers für Wirtschaft und Energie behandelt und/oder besprochen und/oder Position bezogen (bitte die Position der Staatsregierung zu diesem Punkt darlegen)?**

Dem StMWi sind keine entsprechenden protokollierten Gespräche oder Positionierungen dazu bekannt.

Eine Prüfung der alternativen Möglichkeiten ist nötig. Eine Entscheidung schon bis Anfang 2021 wird bei diesem EU-Thema aber kaum möglich sein.

**7. Öko-Propaganda**

**7.1 In welchen protokollierten Gesprächen der Staatsregierung, ihrer Minister und/oder Staatssekretäre wurde der Punkt 15 „Gemeinsam mit der Wirtschaft soll ein neues Label ‚Clean Products Made in Germany‘ kreiert und beworben werden.“ aus dem 20-Punkte-Programm des Bundesministers für Wirtschaft und Energie behandelt und/oder besprochen und/oder Position bezogen (bitte die Position der Staatsregierung zu diesem Punkt darlegen)?**

Dem StMWi sind keine entsprechenden protokollierten Gespräche oder Positionierungen dazu bekannt.

Grundsätzlich bestehen aus Sicht des StMWi keine Einwände gegen ein solches Label.

- 7.2 In welchen protokollierten Gesprächen der Staatsregierung, ihrer Minister und/oder Staatssekretäre wurde der Punkt 17 „In Deutschland soll ein ‚Haus der Energiewende‘ errichtet werden, das eine ganzheitliche Information über das Funktionieren der Energiewende für nationale und internationale Besucher ermöglicht.“ aus dem 20-Punkte-Programm des Bundesministers für Wirtschaft und Energie behandelt und/oder besprochen und/oder Position bezogen (bitte die Position der Staatsregierung zu diesem Punkt darlegen)?**

Dem StMWi sind keine entsprechenden protokollierten Gespräche oder Positionierungen dazu bekannt.

Die Staatsregierung plant kein entsprechendes bayerisches Haus der Energiewende.

- 7.3 In welchen protokollierten Gesprächen der Staatsregierung, ihrer Minister und/oder Staatssekretäre wurde der Punkt 18 „Die Europäische Union soll eine internationale Agentur ‚Climate global‘ gründen mit dem Ziel, erfolgreiche Klimaschutzmaßnahmen weltweit bekannt zu machen und umzusetzen.“ aus dem 20-Punkte-Programm des Bundesministers für Wirtschaft und Energie behandelt und/oder besprochen und/oder Position bezogen (bitte die Position der Staatsregierung zu diesem Punkt darlegen)?**

Dem StMWi sind keine entsprechenden protokollierten Gespräche oder Positionierungen dazu bekannt.

Die Staatsregierung fordert derzeit keine entsprechende internationale Agentur.

## **8. Neue Netzwerke**

- 8.1 In welchen protokollierten Gesprächen der Staatsregierung, ihrer Minister und/oder Staatssekretäre wurde der Punkt 16 „Es wird eine parteiübergreifende bundesweite Stiftung ‚Klima & Wirtschaft‘ eingerichtet, die auf allen Ebenen sicherstellt, dass die hohe Priorität der vorgesehenen Maßnahmen nicht gefährdet wird.“ aus dem 20-Punkte-Programm des Bundesministers für Wirtschaft und Energie behandelt und/oder besprochen und/oder Position bezogen (bitte die Position der Staatsregierung zu diesem Punkt darlegen)?**

Dem StMWi sind keine entsprechenden protokollierten Gespräche oder Positionierungen dazu bekannt.

Die Staatsregierung plant derzeit keine entsprechende Stiftung.

- 8.2 In welchen protokollierten Gesprächen der Staatsregierung, ihrer Minister und/oder Staatssekretäre wurde der Punkt 19 „Beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie wird ein ‚Klima- und Wirtschaftsrat‘ angesiedelt, der die Regierung bei Fragen der Transformation berät und eigene Vorschläge unterbreiten kann.“ aus dem 20-Punkte-Programm des Bundesministers für Wirtschaft und Energie behandelt und/oder besprochen und/oder Position bezogen (bitte die Position der Staatsregierung zu diesem Punkt darlegen)?**

Dem StMWi sind keine entsprechenden protokollierten Gespräche oder Positionierungen dazu bekannt.

Die Staatsregierung hat hiergegen keine Einwände.

- 8.3 In welchen protokollierten Gesprächen der Staatsregierung, ihrer Minister und/oder Staatssekretäre wurde der Punkt 20 „In Deutschland soll eine internationale ‚Klima-Universität‘ entstehen.“ aus dem 20-Punkte-Programm des Bundesministers für Wirtschaft und Energie behandelt und/oder besprochen und/oder Position bezogen (bitte die Position der Staatsregierung zu diesem Punkt darlegen)?**

Dem StMWi sind keine entsprechenden protokollierten Gespräche oder Positionierungen dazu bekannt.

Sehr viele Universitäten arbeiten bereits an den Themenfeldern Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel.